

II-271 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
X. Gesetzgebungsperiode

4. 3. 1964

87/J

A n f r a g e

der Abgeordneten S u c h a n e k , Z a n k l , P a n s i und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die Ausgabe von Volksaktien bei der Treibacher Chemische Werke
AG.

-.-.-.-.-

Unmittelbar nach der Ausgabe der sogenannten Volksaktien bei der
Treibacher Chemische Werke AG. vor etwa zwei Jahren richtete ein soziali-
stischer Abgeordneter an den Herrn Bundesminister für Finanzen eine münd-
liche Anfrage (330/M/62), worin er die Befürchtung ausdrückte, daß die
Arbeiter der genannten Firma unzureichend informiert würden, sodaß für
Spekulanten die Möglichkeit entstehen könnte, sich auf Kosten dieser Arbei-
ter bzw. auf Kosten der Republik Österreich in ungerechtfertigter Weise zu
bereichern. Der damalige Finanzminister Dr. Klaus versicherte jedoch wört-
lich, "daß lange Zeit hindurch ausgiebige Informationen über den Erwerb der
Aktien an die Belegschaft gegeben worden sind."

Inzwischen läßt sich jedoch folgendes feststellen: Von den 6.000
zur Ausgabe gelangten "Volksaktien" à 1.000 S Nominale waren 1.000 Stück
für die Belegschaft der Treibacher Chemische Werke AG. vorgesehen. Diese
1000 Aktien wurden zu einem Vorzugskurs von 3505,- S pro Aktie ausgegeben,
während weitere 2000 Stück zum Kurs von 3800,- S auf den Markt kamen. Die
restlichen 3000 Aktien wurden nach und nach zu Kursen zwischen 4400,- S
und 6500,- S verkauft. Demnach hat der Bund für den Abverkauf der Treiba-
cher Aktien insgesamt rund 25 Millionen Schilling erhalten, während er bei
einem richtigen Kurs von ca. 6000,- S pro Aktie mindestens 36 Mill.S hätte
erhalten müssen. Es wurden also mindestens 10 bis 12 Mill.S durch die Aus-
gabe der sogenannten "Volksaktien" verschenkt.

Darüber hinaus haben sich die Befürchtungen der sozialistischen Ab-
geordneten als voll und ganz berechtigt erwiesen. Seitens der emittieren-
den Bank, der Österreichischen Creditinstitut AG., wurde, wie jetzt ein-
wandfrei feststeht, die Belegschaft viel zu spät und viel zuwenig über die
Aktienausgabe unterrichtet. Insbesondere waren viele Arbeitnehmer der Mei-
nung, daß sie für Aktien mit einem Wert von 1000 S mehr als das Dreifache
zu bezahlen hätten. So kam es, daß sich lediglich die Hälfte der Dienst-
nehmer für ihr Aktienbezugsrecht interessierte und daß selbst diese in

87/J

- 2 -

vielen Fällen ihr Bezugsrecht spottbillig an Spekulanten verkauften. Im Werk haben Spitzenangestellte die Unwissenheit und Geldknappheit der Arbeiter mißbraucht und in einigen Fällen mehrere Dutzend Aktienkaufrechte erworben.

Wie nun eine Umfrage ergeben hat, sind von den 1000 für die Belegschaft vorgesehenen Aktien nur mehr 55 in der Hand von Arbeitern des Betriebes, sodaß 95 % der sogenannten "Volksaktien" Spekulationszwecken dienen.

Schließlich wurde bekannt, daß 474 Aktien gar nicht an die Belegschaft ausgegeben wurden, und es ist bis heute ungeklärt geblieben, was mit diesen 474 Aktien geschah.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

A n f r a g e n :

- 1) Was ist mit den 474 Aktien geschehen, die nicht an die Belegschaft ausgegeben wurden?
- 2) Auf welche Weise kann der sich auf mehrere Millionen Schilling zu beziffernde Verlust der Republik Österreich aus diesem Ausverkauf hereingebracht werden?

-.-.-.-